

# Am 7. Juni wählen gehen! Für ein soziales Europa!

**Die Wirtschaftskrise hat inzwischen ganz Europa im Griff, besonders die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind massiv betroffen. Unternehmensstandorte stehen auf der Kippe, Stellen werden abgebaut. Menschen bangen um ihre Existenz. Verursacht wurde die Krise durch eine Politik der marktradikalen Deregulierung, die wider aller Vernunft der Gier nach Rendite Tür und Tor öffnete. Mit krimineller Energie haben Spekulationen stattgefunden, die nun ganze Volkswirtschaften ins Wanken bringen und Millionen von Menschen schädigen. Eine verantwortungsvolle Politik muss dafür sorgen, dass die Menschen in Europa wieder im Mittelpunkt stehen. Wir müssen die Krise nachhaltig und gemeinsam meistern. Dafür brauchen wir ein soziales Europa!**

**A**m 7. Juni 2009 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) statt. In der Vergangenheit hat das Parlament oft die Funktion eines sozialen Ausgleichs in Europa wahrgenommen. Es hat zusammen mit Gewerkschaften dafür gesorgt, dass unsoziale und marktradikale Vorhaben aufgehalten oder wesentlich entschärft wurden, so z.B. bei der Dienstleistungsrichtlinie. Das EP muss gestärkt werden. Den marktpolitischen Kräften in Europa muss Einhaltung geboten werden, um auch in Zukunft für eine soziale, arbeitnehmerfreundliche Politik zu sorgen.

## **Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb von den zukünftigen Europa-Abgeordneten:**

- Ein erweitertes Konjunkturprogramm sorgt für mehr und bessere Jobs und Ausbildungsplätze, für Investitionen in nachhaltige Zukunftstechnologien und für den Verbleib wichtiger Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung.
- Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ist es dringend nötig, wirtschafts- und steuerpolitisch gemeinsam in Europa zu handeln. Nur eine verbesserte Koordinierung führt zu abgestimmten und nachhaltigen Investitionen.
- Nach den Angriffen auf das niedersächsische Tariftreugesetz brauchen wir Initiativen, um die Abwärtsspirale bei sozialen Rechten und Löhnen zu stoppen. Die EU-Entsenderichtlinie muss überarbeitet werden, damit überall das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gilt.
- Das VW-Gesetz ist ein besonderes Modell für die Beteiligung der Beschäftigten und zur Sicherung von Standorten. Sein Erhalt muss gesichert werden.

- Der soziale Schutz der Beschäftigten, nicht die Freiheit der Spekulanten muss im Vordergrund stehen. Soziale Grundrechte wie Streikrecht und Tarifautonomie sind wirksam zu gewährleisten. Wir brauchen bessere Mindeststandards für Arbeitsbedingungen. Dazu zählt eine Arbeitszeit-Richtlinie mit 48 Stunden-Wochenarbeitszeitbegrenzung ohne Ausnahmeregelungen.
- Das europäische Gesellschaftsrecht muss klare Regeln bekommen, die nicht auf kurzfristige Börsengewinne, sondern auf eine solide unternehmerische Basis ausgerichtet sind. Die Mitbestimmung der Beschäftigten muss europaweit gestärkt werden.
- Wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen für den Finanzsektor. Transparente Bilanzierung, europaweite Aufsicht, Verbot von Leerverkäufen, Finanz-TÜV für neue Finanzprodukte und Kontrolle der Ratingagenturen sind nur einige Stichworte.
- Eine Verlagerungskontrolle innerhalb der EU ist nötig, damit reine Betriebsverlagerungen eingeschränkt und nicht auch noch subventioniert werden.
- Der Steuerwettbewerb um den geringsten Steuersatz muss beendet und unlauterer Wettbewerb gestoppt werden. Europaweit abgestimmte unternehmensbezogene Steuern sind dringend nötig.

**Wir brauchen ein starkes, demokratisches und soziales Europa! Wir fordern die Menschen in unserem Land auf, zur Wahl zu gehen und diejenigen KandidatInnen zu wählen, die sich für die Rechte der ArbeitnehmerInnen und für ein soziales Europa einsetzen.**